

Satzung

Beschlossen in der Mitgliederversammlung vom 17. November 2011

In Kraft getreten am 1.1.2012

Herausgeber:

VBGR: **V**erband der **B**eschäftigten des **g**ewerblichen **R**echtsschutzes im DBB

Anschrift: Morassistrasse 2
80469 München

Telefon & Fax: 089 21578433

E-Mail: Post@VBGR.DBB.DE

Homepage: WWW.VBGR.DE

Bankkonto: HypoVereinsbank München

Konto-Nr. 560 188

Bankleitzahl: 700 202 70

§ 1 Name und Organisationsbereich

- (1) Der Verband ist die Berufsvertretung der Beschäftigten der Behörden und Gerichte des gewerblichen Rechtsschutzes (z.B. Patent- und Markenamt, Bundespatentgericht).
- (2) Er ist Mitglied des DBB -Beamtenbund und Tarifunion- und führt die Bezeichnung: Verband der Beschäftigten des gewerblichen Rechtsschutzes im DBB (abgekürzt: **VBGR**).

§ 2 Sitz und Gerichtsstand

Der Verband hat seinen Sitz am Sitz des Deutschen Patent- und Markenamtes; dort hat er auch seinen Gerichtsstand.

§ 3 Zweck

- (1) Die Aufgabe des Verbandes ist die Vertretung und Förderung der berufspolitischen, rechtlichen und sozialen Belange seiner Mitglieder sowie deren Interessenvertretung gegenüber den Dienstbehörden.
- (2) Der Verband hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die Arbeitsbedingungen der als Mitglieder organisierten Arbeitnehmer durch das Aushandeln und die Vereinbarung von Tarifverträgen zu regeln.
- (3) Der Verband erkennt das geltende Tarif- und Schlichtungsrecht an und bekennt sich zur Anwendung der rechtlich zulässigen Mittel des Arbeitskampfes als letztes Mittel in der Auseinandersetzung mit den öffentlichen Arbeitgebern.
- (4) Rechtsberatung und Rechtsschutz in beruflichen Angelegenheiten wird im Rahmen der Rechtsschutzordnung gewährt.
- (5) Der Verband steht vorbehaltlos zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat und ist parteipolitisch unabhängig.

§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Mitglied kann werden, wer im Organisationsbereich des Verbandes in einem Arbeits-, Dienst-, Amts- oder Ausbildungsverhältnis steht (einschl. Richter). Gleiches gilt für im Ruhestand befindliche Beschäftigte sowie Hinterbliebene aller vorgenannten Mitglieder.
- (2) Der Beitritt muss schriftlich erklärt werden. Über die Aufnahme entscheidet der Vorstand.
- (3) Ein Mitglied darf nicht gleichzeitig einer nicht zum DBB gehörenden, konkurrierenden

Gewerkschaft als Mitglied angehören. Ein Mitglied darf nicht bei Wahlen für den Personalrat auf Listen antreten, die mit den Listen konkurrieren, die vom VBGR bzw. anderen Gewerkschaften, die im DBB organisiert sind, unterstützt werden.

- (4) Angehörigen des in Abs. 1 genannten Personenkreises kann bei besonderen Verdiensten um die Belange des Verbandes auf Antrag des Vorstands die Ehrenmitgliedschaft verliehen werden. Hierüber entscheidet die Mitgliederversammlung.

§ 5 Pflichten und Rechte der Mitglieder

- (1) Mit der Mitgliedschaft übernimmt das Mitglied die Pflicht, die Ziele und Einrichtungen des Verbandes zu fördern. Darin ist auch die Verpflichtung enthalten, die Satzung und die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse und Richtlinien zu beachten und die Beiträge (§ 7 Abs. 1) pünktlich zu entrichten.
- (2) Die Mitgliedschaft berechtigt zur Mitwirkung bei der Beschlussfassung in Verbandsangelegenheiten nach den Vorschriften dieser Satzung.
- (3) Die Mitgliedschaft im VBGR berechtigt zur Inanspruchnahme aller Leistungen, die der dbb seinen Mitgliedsgewerkschaften für deren Mitglieder zur Verfügung stellt.
- (4) Streitigkeiten von Mitgliedern des Verbandes untereinander bezüglich Rechten oder Pflichten aus dieser Satzung werden unter Ausschluss des Rechtsweges vom Schiedsausschuss (§14) behandelt. Ausgenommen sind die Fälle, die in §6 Nummer 3 anders geregelt sind.
- (5) Die Mitglieder verpflichten sich, keine verbandsinternen Informationen oder Protokolle ohne schriftliche Erlaubnis des geschäftsführenden Vorstands außerhalb des Verbandes zu verbreiten. Bei Unterlagen, die durch einen Hinweis als vertraulich gekennzeichnet sind, ist deren Verbreitung außerhalb des in der jeweiligen Unterlage benannten Personenkreises (z.B. im Deckblatt oder in den Fußzeilen) nicht zulässig.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt durch
 - a) Austritt,
 - b) Ausschluss,
 - c) Streichung in der Mitgliederliste,

- d) Fortfall der Voraussetzungen für die Mitgliedschaft,
 - e) Tod.
- (2) Der Austritt muss dem Vorstand schriftlich erklärt werden. Er ist nur zum Schluss eines **Kalendervierteljahres** unter Einbehaltung einer **Kündigungsfrist von einem Monat** zulässig.
- (3) Ein Mitglied, das gegen die Ziele und Interessen des Verbandes verstößt oder das Ansehen des Verbandes schädigt oder in besonders schwerer Weise gegen seine Pflichten aus dieser Satzung verstößt, kann ausgeschlossen werden. Antragsberechtigt ist jedes Mitglied. Der Antrag ist schriftlich beim Vorstand zu stellen und zu begründen. Der Vorstand hört den Betroffenen und den Antragssteller an und bemüht sich um einen Kompromiss. Der Vorstand kann die Angelegenheit an den Schiedsausschuss (§5 Absatz 4 in Verbindung mit §14) verweisen.
- (4) Falls der Schiedsausschuss den Ausschluss eines Mitglieds empfiehlt oder der Vorstand aufgrund der Schwere des Verstoßes keine Alternative zum Ausschluss des Mitglieds sieht, erarbeitet der Vorstand eine Beschlussempfehlung für die nächste Mitgliederversammlung. Diese Beschlussempfehlung wird dem betroffenen Mitglied und dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt. Über den Ausschluss selbst entscheidet die Mitgliederversammlung. Alle für die Entscheidung der Mitgliederversammlung nötigen Unterlagen können die Mitglieder nach Versand der Tagesordnung beim Vorstand einsehen. Die Beschlussempfehlung wird zusammen mit einer eventuell vorhandenen Stellungnahme des Antragstellers oder des betroffenen Mitglieds allen Mitgliedern mit der Tagesordnung zugesandt. Die Mitgliederversammlung entscheidet mit einfacher Mehrheit. Der Ausschluss wird mit Ablauf des Monats wirksam in dem die Mitgliederversammlung den Beschluss gefällt hat.
- (5) Ein Mitglied, das mit der Beitragszahlung (§7 Abs. 1) länger als **drei Monate** im Rückstand ist, oder sich weigert, die satzungsmäßigen Beiträge zu leisten, kann vom Vorstand nach erfolgloser Mahnung in der Mitgliederliste gestrichen werden.
- (6) Ausgeschiedene Mitglieder (Abs. 1) verlieren sämtliche Ansprüche an den Verband. Eine

Rückzahlung bereits geleisteter Mitgliedsbeiträge findet nicht statt. Die Mitgliedskarte ist zurückzugeben oder zu vernichten.

§ 7 Mitgliedsbeiträge

- (1) Zur Deckung der Verbandsausgaben ist von jedem Mitglied mit Ausnahme von Ehrenmitgliedern ein Betrag (Mitgliedsbeitrag) zu zahlen, dessen Höhe von der Mitgliederversammlung in einer Beitragsordnung festgesetzt wird.
- (2) Ist ein Mitglied mit der Beitragszahlung länger als drei Monate im Rückstand, so ruhen unbeschadet der Bestimmungen des §6 Abs. 5 seine Rechte im Verband.
- (3) Beitragsfreiheit tritt in dem Jahr ein, in dem das **85. Lebensjahr** vollendet wird.
- (4) Während der Dauer des Erziehungsurlaubs besteht die Mitgliedschaft auf Antrag beitragsfrei.
- (5) Der Mitgliedsbeitrag ist am Jahresbeginn fällig. Wenn der Mitgliedsbeitrag nicht bis zum 1.3. des Jahres gezahlt ist, kann eine Mahngebühr erhoben werden, die in der Beitragsordnung festgelegt ist.

§ 8 Organe

- (1) Die Organe des Verbandes sind:
 - a) die Mitgliederversammlung,
 - b) der Vorstand.
- (2) Die Wahlen zum Vorstand erfolgen, soweit in der Satzung nicht etwas anderes bestimmt ist, für die Dauer von **vier Jahren**.
- (3) Die Abstimmungen in den Wahlgängen erfolgen durch Handheben. Auf Antrag eines anwesenden stimmberechtigten Mitglieds müssen die folgenden Abstimmungen, auf die sich der Antrag bezieht, in geheimer Wahl erfolgen.
- (4) Eine Blockwahl ist für die Beisitzer im Vorstand möglich, falls die Mehrheit der Anwesenden keinen Einspruch dagegen einlegt und falls genau so viele Mitglieder kandidieren, wie zu besetzende Positionen für Beisitzer im Vorstand vorhanden sind.
- (5) Ein Mitglied ist nur dann in den Vorstand gewählt, wenn es die Mehrheit der Stimmen auf sich vereint, jedoch mindestens 25% der abgegebenen gültigen Stimmen. Falls beim ersten Wahlgang diese Hürde nicht erreicht wird, erfolgt eine Stichwahl zwischen den

beiden bestplatzierten Bewerbern. Falls bei der Stichwahl Stimmgleichheit herrscht, entscheidet das Los. Wird im zweiten Wahlgang für die Positionen von Beisitzern oder Stellvertretern die erforderliche Stimmzahl nicht erreicht, bleibt die Position unbesetzt.

- (6) Eine Nachwahl von Mitgliedern zum Vorstand kann auf Antrag des Vorstands durch Mehrheitsbeschluss im Vorstand zur nächsten Mitgliederversammlung erfolgen, wenn zwei oder mehr Mitglieder ausgeschieden sind. Eine Nachwahl muss erfolgen,

- a) wenn der Vorsitzende und alle Stellvertreter ausgeschieden sind oder
- b) wenn der Vorstand nicht mehr beschlussfähig ist oder
- c) wenn der Schatzmeister und sein Stellvertreter ausgeschieden sind.

Im Fall (a) wählt der verbleibende Vorstand einen kommissarischen Vorsitzenden aus seiner Mitte, dessen Aufgabe es ist, eine Mitgliederversammlung innerhalb von drei Monaten einzuberufen, die einen neuen Vorstand wählt.

- (7) Vorstandsmitglieder können auf Beschluss des Vorstands für ihre Tätigkeit eine Aufwandsentschädigung erhalten, die 500 Euro jährlich nicht übersteigen darf. Insgesamt darf der an den Vorstand ausgezahlte Betrag 3000 Euro pro Jahr nicht übersteigen.

§ 9 Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Verbandes. Zur Teilnahme sind alle Mitglieder berechtigt, soweit ihre Rechte nicht ruhen (§7 Abs. 2).

§ 10 Aufgaben der Mitgliederversammlung

- (1) Die Aufgaben der Mitgliederversammlung sind:
- a) Beschlussfassung über Verbandsangelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung,
 - b) Festsetzung des Mitgliedsbeitrages,
 - c) Genehmigung des Haushaltsplanes,
 - d) Annahme der Jahresrechnung
 - e) Entlastung des Vorstandes.
 - f) Wahl des Vorstandes (§ 11 Abs. 1),
 - g) Wahl der Rechnungsprüfer,
 - h) Wahl von Mitgliedern des Schiedsausschusses,

- i) Erlass der Schiedsordnung,
- j) Erlass der Rechtsschutzordnung,
- k) Beschlussfassung über Anträge auf Änderung der Satzung, Auflösung des Verbandes und Verwendung des Vermögens im Falle der Auflösung,
- l) Beschluss über Anträge nach §6 Absatz (4), die den Ausschluss von Mitgliedern nach sich ziehen.

- (2) Die **ordentliche Mitgliederversammlung** findet jährlich statt. Die Ladung und zugleich Bekanntgabe der Tagesordnung muss mindestens **zwei Wochen** vorher erfolgen. Anträge für diese Versammlung sind eine Woche vorher beim Vorstand schriftlich einzureichen. Später eingehende Anträge brauchen nicht mehr berücksichtigt werden.

Anträge auf Satzungsänderungen können in der Versammlung selbst nicht gestellt werden.

Werden Anträge auf Ergänzung oder Änderung der Tagesordnung in der Mitgliederversammlung gestellt, so hat über deren Aufnahme die Mitgliederversammlung zu Beginn der Versammlung zu entscheiden. Für deren Annahme ist eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Vorschläge für die Wahl des Vorstandes können auch noch in der Versammlung - möglichst schriftlich - gemacht werden.

- (3) Die Beschlüsse erfolgen, soweit nicht in der Satzung etwas anderes vorgeschrieben ist, mit einfacher Mehrheit, §8 Abs. 3 gilt entsprechend. Unabhängig von der Zahl der Enthaltungen ist eine Mehrheit immer dann erreicht, wenn die Zahl der abgegebenen gültigen Ja-Stimmen die der Nein-Stimmen übersteigt.

- (4) Außer der ordentlichen Mitgliederversammlung kann eine **außerordentliche Mitgliederversammlung** einberufen werden, wenn der Vorstand dies beschließt. Sie muss auch auf schriftliches Verlangen von mindestens 25 stimmberechtigten Mitgliedern einberufen werden, wobei die 25 Mitglieder den Antrag zu unterschreiben haben. Der Antrag ist an den Vorstand zu richten, wobei das Datum des Eingangs bestätigt werden muss. Die Unterschriften unter dem Verlangen werden vom Vorstand darauf geprüft, ob die erforderliche Anzahl an Unterschriften von Mitgliedern mit Stimmrecht vorliegt. Ist dies nicht der Fall, muss der Vorstand diesen

Antrag innerhalb von 4 Wochen mit einer schriftlichen Begründung ablehnen. Besteht Uneinigkeit mit den Antragstellern, ist der Schiedsausschuss anzurufen, der diesbezüglich entscheidet. Der Vorstand muss die Mitgliederversammlung innerhalb von 3 Monaten ab dem Datum des Eingangs des Antrags einberufen. Erfolgt dies nicht, können die Antragsteller selbst eine Mitgliederversammlung einberufen.

§ 11 Der Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und dem ersten Stellvertreter, dem zweiten Stellvertreter, dem Schatzmeister und seinem Stellvertreter und bis zu vier weiteren Beisitzern und ist beschlussfähig bei der Anwesenheit von mindestens fünf Vorstandsmitgliedern.
- (2) Der Vorstand beschließt über:
 - a) die Geschäftsordnung,
 - b) den Entwurf des Haushaltsplanes,
 - c) alle wichtigen und grundlegenden Angelegenheiten des Verbandes, soweit sie nicht der Mitgliederversammlung vorbehalten sind.
- (3) Der Vorsitzende ist Vorstand im Sinne des § 26 BGB und wird darin im Verhinderungsfalle durch die stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Der Vorsitzende und im Verhinderungsfalle seine Stellvertreter haben die Stellung eines gesetzlichen Vertreters nach §§ 710 und 714 BGB und vertreten den Verband nach Außen. Vor Gericht wird der Verband durch den Vorsitzenden und mindestens ein weiteres Mitglied des Vorstands vertreten. Eine persönliche Haftung der Vorstandsmitglieder im Sinne des §54 BGB ist ausgeschlossen, zumindest aber nach §31a BGB beschränkt. Für die Erfüllung von Verbindlichkeiten des Verbandes haftet nur das Verbandsvermögen.
- (4) Vor Gerichtsverhandlungen, deren Ausgang den VBGR als Ganzes oder seinen Vorstand binden, hat der Vorstand per Beschluss Grenzen festzulegen, innerhalb derer die Vertreter des VBGR vor Gericht handeln dürfen. Dies betrifft sowohl das Stellen von Anträgen als auch die Zustimmung zu Vergleichen.
- (5) Der Vorstand bleibt auch über seine Amtszeit hinaus bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstands im Amt.

§ 12 Rechnungsprüfer

Die Prüfung der Einnahmen und Ausgaben des Verbandes obliegt zwei Rechnungsprüfern. Sie werden für die Dauer von vier Jahren von der Mitgliederversammlung gewählt. Sie dürfen nicht Mitglied des Vorstandes sein. Die Rechnungsprüfer bereiten die Entlastung des Vorstandes vor und sind berechtigt, jederzeit auch zwischendurch unvermutet Prüfungen vorzunehmen.

§ 13 Ausschüsse

Für die Beratung besonderer Angelegenheiten können vom Vorstand beratende Ausschüsse gebildet werden.

§ 14 Schiedsausschuss

- (1) Beim VBGR wird ein Schiedsausschuss gebildet, der aus mindestens drei Mitgliedern besteht, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden.
- (2) Das Verfahren vor dem Schiedsausschuss wird durch eine von der Mitgliederversammlung zu beschließende Schiedsordnung geregelt.
- (3) Der Schiedsausschuss wird unter Ausschluss des Rechtsweges ausschließlich in den Fällen des §5 Absatz 4 und §6 Absatz 3 tätig.
- (4) Der Schiedsausschuss handelt im Rahmen der Schiedsordnung und kann
 - a) gegenüber einem Mitglied eine Rüge aussprechen,
 - b) einem Mitglied bei schweren Verstößen gegen seine Pflichten aus der Satzung das aktive oder passive Wahlrecht für die Organe des Verbandes für eine beschränkte Zeit entziehen, oder
 - c) in Fällen von besonders schweren Verstößen dem Vorstand den Ausschluss des Mitglieds empfehlen.
- (5) Der Schiedsausschuss kann die Mitglieder schriftlich über die verhängte Maßnahme informieren, wobei die Begründung beizufügen ist.

§ 15 Frauenvertretung

Für den Verband der Beschäftigten des gewerblichen Rechtsschutzes im DBB soll eine Frauenvertretung bestehen. Für die Zusammensetzung und die Tätigkeit der Frauenvertretung gelten Richtlinien, die der Zustimmung des Vorstandes bedürfen.

§ 16 Satzungsänderungen

Eine Änderung der Satzung kann nur durch die Mitgliederversammlung beschlossen werden und bedarf einer **Zweidrittelmehrheit** der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder. Sofern die Satzungsänderung §17 (Auflösung des Verbandes) betrifft, ist eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder nötig.

§ 17 Auflösung des Verbandes

- (1) Eine Auflösung des Verbandes oder ein Ausscheiden aus dem DBB kann nur durch Beschluss einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung erfolgen. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von 3/4 der abgegebenen gültigen Stimmen der anwesenden Mitglieder.
- (2) Die Ladung mit der Tagesordnung muss mindestens zwei Wochen vor der Mitgliederversammlung schriftlich an die stimm-berechtigten Mitglieder abgesandt sein.
- (3) Im Falle der Auflösung hat die Mitgliederversammlung über die Verwendung des Verbandsvermögens und die Bestellung eines oder mehrerer Liquidatoren zu beschließen.

§ 18 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung ist in der Mitgliederversammlung vom 17. November 2011 beschlossen worden und tritt am 1.1.2012 in Kraft. Die bisher gültige Satzung vom 09. November 2000, in Kraft getreten am 1.1.2001, zuletzt geändert am 27. Januar 2004, ist gleichzeitig außer Kraft getreten.
- (2) Die Regeln zu dem Schiedsverfahren gemäß §5 Absatz 3 der Satzung vom 27.01.2004 bleiben solange in Kraft, bis durch die Mitgliederversammlung eine Schiedsordnung beschlossen wurde und die Mitglieder des Schiedsausschusses bestellt sind. Erst danach treten die Regeln gemäß §5 Absatz 3 dieser Satzung in Kraft.
- (3) Bei Änderung der Satzung des DBB oder verbindlichen Beschlüssen des DBB, die eine Änderung dieser Satzung notwendig machen, ist der Vorstand berechtigt, nach diesen Beschlüssen zu handeln. Er kann insoweit bis zur nächsten Mitgliederversammlung vorläufige Satzungsbestimmungen erlassen.

Die vorgenannten Änderungen müssen den Mitgliedern unverzüglich mitgeteilt werden.

- (4) Die Regelung des §8 Absatz 2 gilt für die Vorstandswahlen, die ab dem Kalenderjahr 2015 durchgeführt werden.